

begrenzten Staates, der als Damm gegen die erfolgreiche antifaschistisch-demokratische Umwälzung im Gebiet der sowjetischen Besatzungszone dienen sollte. Nachdem dieser Staat der Monopole entstanden war, erhoben seine Repräsentanten, ermutigt und unterstützt durch die imperialistischen Westmächte, die anmaßende Forderung zur Staatsdoktrin, für alle Deutschen zu sprechen und sie zu vertreten. Damit verbanden sie einen gegen die DDR und ihre Gesellschaftsordnung gerichteten interventionistischen Wiedervereinigungs- und Befreiungsanspruch. Bereits im Gründungsdokument der BRD, im Bonner Grundgesetz, fand der Alleinvertretungsanspruch Ausdruck. In der Präambel des Grundgesetzes wird behauptet, mit der separaten Staatsbildung sei „auch für jene Deutschen gehandelt worden, denen mitzuwirken versagt war“.

Es kennzeichnet den politischen Standort und die Funktion der herrschenden Staatsrechtslehre in der BRD, daß sie zum Teil über den Bankrott der Alleinvertretungsdoktrin hinaus — unbeschadet vielfältiger Nuancierungen — um juristische Argumente für diese von Anfang an rechtswidrige und anachronistische Position bemüht war und ist. Die reaktionären, mit dem westdeutschen Imperialismus unmittelbar verbundenen Staatsrechtler, und Repräsentanten der Jurisprudenz spielten bei der Herausbildung des westdeutschen Separatstaates und bei der „wissenschaftlichen Begründung“ seiner Institutionen eine äußerst unrühmliche Rolle, die mit objektiver Wissenschaftlichkeit nichts gemein hat.

Als Reaktion auf die Tendenzen zur Wiederherstellung imperialistischer Machtverhältnisse und zur staatlichen Spaltung durch die restaurativen Kräfte entstand in allen Besatzungszonen die Volkskongreßbewegung. Dem gleichgerichteten Streben großer demokratischer Kreise entsprechend wurde sie vom Parteivorstand der SED mit dem Aufruf zu einem deutschen Volkskongreß für Einheit und gerechten Frieden vom 26.11.1947 initiiert. Der Parteivorstand der SED lud alle antifaschistisch-demokratischen Parteien und Massenorganisationen für den 6. und 7.12.1947 zum Ersten Deutschen Volkskongreß nach Berlin ein. W. Pieck, Dr. W. Külz und O. Nuschke wurden zu den Vorsitzenden des Kongreßausschusses gewählt. Die Volkskongreßbewegung hatte ihr festes politisch-organisatorisches Fundament in der sowjetischen Besatzungszone. Ihre Organe konnten sich auf eine umfassende demokratische Legitimation stützen. Das ermöglichte es den zentralen Organen, dem Volksrat, seinem Präsidium und seinen Fachausschüssen allmählich Funktionen einer Volksvertretung im Rahmen der sowjetischen Besatzungszone zu übernehmen.³³ Das fand nicht zuletzt seinen Ausdruck in der Erörterung und Verabschiedung eines Verfassungsentwurfs für eine einheitliche deutsche demokratische Republik.

Von großer Bedeutung war der 3. Deutsche Volkskongreß, der aus allgemeinen.

33 Dem Volksrat gehörten nach einem im Demokratischen Block vereinbarten Verteilungsschlüssel, der dem Ergebnis der Landtagswahlen von 1946 entsprach, an-

SED	90	FDGB	30	Kulturbund	10
CDU	45	FDJ	10	bäuerl. Gen.	5
LDPD	45	DFD	10	SPD Berlin	5
NDPD	15	VdgB	5	weitere Pers.	35
DBD	15	VVN	10	insgesamt	330